

Abstimmung vom 23.9.1984

Kernkraftwerke bleiben am Netz: Knappes Nein zur Atom-Initiative

**Abgelehnt: Volksinitiative «für eine Zukunft ohne
weitere Atomkraftwerke»**

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Kernkraftwerke bleiben am Netz: Knappes Nein zur Atom-Initiative. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 419–420.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Zeitgleich mit der Initiative «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» (vgl. Vorlage 322) reichen 1981 rund 50 Umweltschutz- und Atomkraftgegner-Organisationen unter der Federführung der Schweizerischen Energiestiftung die Initiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» ein. Diese will den Bau neuer Kernkraftwerke und den Ersatz der bestehenden Werke verbieten und die Bewilligung für Zwischen- und Endlager von radioaktiven Abfällen dem fakultativen Referendum unterstellen (BBl 1983 I 754). Die Einreichung der Initiative kommt praktisch einem Moratorium für den Entscheid über die geplanten Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben gleich, würde doch eine vor der Volksabstimmung erteilte Rahmenbewilligung bei einem «Ja» automatisch hinfällig werden.

Der Bundesrat beantragt dem Parlament Ablehnung der Initiative mit der Begründung, dass ein Verbot weiterer Kernkraftwerke die Elektrizitätsversorgung gefährde. Diese Haltung findet im Ständerat breite Zustimmung, das Volksbegehren wird mit grosser Mehrheit verworfen. Nicht besser ergeht es der Initiative im Nationalrat, der sie mit 107 zu 30 Stimmen und ohne Gegenvorschlag ablehnt. Die Ratslinke zeigt sich in der Schlussabstimmung gespalten: Vierzehn SP-Mitglieder votieren entweder gegen die Initiative oder enthalten sich der Stimme.

GEGENSTAND

Nach dem Willen der Initiative dürfen in der Schweiz keine neuen Atomkraftwerke in Betrieb genommen und die bestehenden nicht ersetzt werden. Bau und Betrieb industrieller Anlagen zur Gewinnung und Aufbereitung von atomarem Brennstoff sollen verboten werden. Nur selbst erzeugter radioaktiver Abfall darf in der Schweiz gelagert werden. Zwischen- und Endlager bedürfen einer Rahmenbewilligung der Bundesversammlung. Diese unterliegt dem fakultativen Referendum.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Erwartungsgemäss verläuft der Graben zwischen Gegnern und Befürwortern der Atominitiative praktisch gleich wie bei der «Zwillingsinitiative» zur Energieversorgung (vgl. Vorlage 322). Die bürgerlichen Parteien sprechen sich gegen die Vorlage, SPS, LdU, PdA, PSA, POCH, GPS und NA dafür aus. Einzige Ausnahme ist die EVP, welche für die Energieinitiative die Ja für die Atominitiative hingegen die Neinparole beschliesst. Während die Befürworter der Initiative vor allem auf die Risiken der Kernenergie hinweisen, warnen die Gegner – darunter auch die sich Elektrizitätsgesellschaften in öffentlichem Besitz – vor einer drohenden Versorgungslücke.

ERGEBNIS

Bei einer Beteiligung von 41,6% werden sowohl die Atom- als auch die Energie-Initiative (vgl. Vorlage 322) mit 55% bzw. 54,2% Neinstimmen relativ knapp abgelehnt. Wie aus der Nachbefragung hervorgeht, haben bei der Atom-Initiative knapp die Hälfte der Gegner «Nein» gestimmt, weil sie die Kernkraft bewusst befürworteten. Noch etwas verbreiteter war das Sachzwang-Motiv, wonach zur bestehenden Kernenergiepolitik keine Alternative bestehe. Umgekehrt begründeten die Befürworter der Atom-Initiative ihr Ja mit ungelösten Problemen wie der Abfallagerung und der

Unfallgefahr. Entscheidend waren auch die parteipolitischen Konfliktlinien: Sympathisanten der Bürgerlichen stimmten mehrheitlich gegen die Vorlage, Linke deutlich dafür. Im Vergleich zur ersten Atom-Initiative von 1979 (vgl. Vorlage 296) zeigt sich eine zunehmende Polarisierung entlang der Parteilinien. Der regionale Aspekt verliert an Wichtigkeit. Die Unterschiede zwischen den Sprachgruppen sind zwar kleiner geworden, dennoch zeigt sich in der französischen Schweiz eine klar höhere Zustimmung als in der Deutschschweiz. Ausnahmen sind Basel-Stadt (74,4% Ja) und Baselland (65,8% Ja), die schweizweit die höchsten Jastimmenanteile verzeichnen. Die Einstellung gegenüber Kernkraftwerken hat sich kaum verändert, 54% der Befragten äussern sich eher negativ.

QUELLEN

BBI 1983 I 75; BBI 1984 I 1365. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1980 bis 1984: Energie – Kernenergie. Vox Nr. 23.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.